

Bürgerinitiative kritisiert Tillichs Unverfrorenheit

Mit dem Eintrittsgeld in Pillnitz verletze der Freistaat Bürgerrechte, beklagen die Anwohner.

Scharfe Kritik an der Staatsregierung: Die Pillnitzer Bürgerinitiative „Freier Parkzutritt“ warf Ministerpräsident Stanislaw Tillich und Finanzminister Georg Unland (beide CDU) gestern in der Landespressekonferenz eine ungeahnte Unverfrorenheit und Instinktlosigkeit gegenüber der Bevölkerung vor.

Das kürzlich eingeführte Eintrittsgeld im Pillnitzer Schlosspark verletze Grund- und Bürgerrechte der Dresdner. Seit Bestehen des Parkes sei dieser immer für alle frei zugänglich gewesen, unabhängig von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Besucher. Die Abriegelung des Schlossparks sei außerdem ein Angriff auf das kulturelle und alltägliche Leben. Denn viele Pillnitzer nutzten den Park bislang auch als Durchgang, um zur Bushaltestelle oder zu den Geschäften im Ortskern zu kommen. Diese müssen nun täglich zwei Euro Eintritt bezahlen oder eine Jahreskarte erwerben.

Initiativensprecher Peter Schulze befürchtet zudem, dass Ähnliches nun auch den anderen sächsischen Gärten und Parks drohe. Teilweise würde dort schon Eintrittsgeld verlangt. Deshalb wollen die Pillnitzer, Schulze zufolge weiter Widerstand gegen den Eintritt leisten. (noa/two)